

Die Entstehung einer Beobachtungsstelle für Armut

Zwei Jahre nach Ausbruch der Coronapandemie müssen wir uns nun die Frage stellen, welche Sozialpolitik wir uns für die Zukunft wünschen. Damit befasst sich die neue Beobachtungsstelle für Armut in Lausanne.

Text: Emilie Rosenstein, Dozentin, Hochschule für Soziale Arbeit und Gesundheit HES-SO Lausanne

Die Geschichte der Sozialpolitik ist eng mit dem Auftreten von sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Krisen verbunden. So entstanden unsere sozialpolitischen Massnahmen vor dem Hintergrund von sozialen Konflikten und gesellschaftlichen Umbrüchen und erhielten besonders in den Nachkriegszeiten zusätzlichen Schub. Gleichzeitig wurde die Sozialpolitik in Krisensituationen insbesondere im Zuge von Sparmassnahmen immer wieder zurückgebunden. Die Coronapandemie liess die Schere der Ungleichheit aufgehen und machte gleichzeitig im Sozialwesen die Mobilisierung von Kräften und Investitionen von nie dagewesenem Ausmass möglich. Welche Lehren ziehen wir aus dem steigenden Armutsrisiko und der

zunehmenden Prekarisierung? Mit dieser Frage befasst sich die Beobachtungsstelle für Armut der Hochschule für Soziale Arbeit und Gesundheit HES-SO Lausanne, deren Entstehung und Auftrag in diesem Artikel thematisiert werden.

Pandemie hat Armut schonungslos aufgedeckt

Die Coronakrise hat die Prekarität in doppelter Form geprägt. Zum einen hat die Pandemie verschiedene Formen der Prekarität augenscheinlich gemacht, die unter gewöhnlichen Umständen oftmals ignoriert werden. Wir reden von Obdach- und Wohnungslosen sowie von Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, die aufgrund von Jobverlust, mangelnder



sozialer Absicherung oder fehlenden Papieren über Nacht mittellos wurden. Wir reden von den Tausenden von Menschen, die vor den Lebensmittelausgaben stundenlang Schlange standen und deren Bilder durch die Medien gingen. Jede einzelne dieser Realitäten wurde von der Pandemie sichtbar gemacht. Zum anderen hat die Coronakrise die sozioökonomischen Unterschiede und die Kluft zwischen Arm und Reich weiter verstärkt. So bestätigt eine wachsende Zahl von Studien, dass das Virus in der Schweiz, wie in vielen anderen Ländern auch, das Ungleichgewicht vergrössert hat. Nicht nur wurde festgestellt, dass das Ansteckungsrisiko unter den prekarierten Bevölkerungsgruppen am höchsten war, sondern dass es bei diesen Ungleichheiten auch einen kumulativen Effekt gibt, der weit über den gesundheitlichen Aspekt hinausgeht. Das bedeutet, dass Personen mit den tiefsten Einkommen auch gleichzeitig jene waren, die am häufigsten ihren Job verloren, auf ihr Ersparnis zurückgreifen oder einen Kredit aufnehmen mussten und so einem erhöhten Verschuldungsrisiko ausgesetzt waren.

Zwei Lektionen für die Schweizer Sozialpolitik

Vom sozialpolitischen Standpunkt her lassen sich aus den jüngsten Pandemieerfahrungen zwei gegensätzliche Lehren ziehen. Auf der einen Seite hat man aufgrund der oben erwähnten Studien über das coronabedingte wachsende soziale Ungleichgewicht in unserem Land erkannt, dass in der Schweiz – trotz den bestehenden sozialen Strukturen und der Rechtsordnung – nicht für alle Menschen das Existenzminimum garantiert ist. Dies ist vor allem bei besonders marginalisierten Bevölkerungsgruppen der Fall. Hier wurden in der Coronazeit diverse Nothilfemassnahmen zur Verfügung gestellt, um den Menschen Unterkunft, Essen oder Zugang zu punktueller finanzieller Unterstützung bieten zu können. In diesen Bereichen, in denen es auf nationaler, teilweise auch kantonaler Ebene kaum Rahmengesetze gibt, übernahmen die Sozialdienste auf Gemeindeebene die wichtige Aufgabe, dem Ansturm der vielen Anträge gerecht zu werden. Das Gleiche gilt für eine grosse Zahl von Selbstständigerwerbenden, deren Vulnerabilität und mangelnder sozialer Schutz durch die Pandemie ans Tageslicht gebracht wurden. Nicht zu vergessen die vielen Menschen, deren Grundbedürfnisse nicht abgedeckt werden, weil sie aus verschiedenen Gründen die vorhandenen Hilfen nicht in Anspruch nehmen.

Andererseits sah man, wie während der Coronapandemie soziale Massnahmen in nie dagewesenem Ausmass in Rekordzeit zur Verfügung gestellt wurden; dies trotz der Komplexität und der starken Fragmentierung unseres vielschichtigen Sozialsystems. Während die Entstehung oder die Reform von sozialpolitischen Massnahmen ansonsten in der Regel mehrere Jahre oder gar Jahrzehnte in Anspruch nimmt, wurden im Frühling 2020 innerhalb weniger Wochen neue Auffangnetze ins Leben gerufen. Beispiele dafür sind auf Bundesebene die Einführung einer Corona-Erwerbsersatzentschädigung für Selbstständigerwerbende, die von der Pandemie massgeblich getroffen wurden, oder die Ausweitung der Kurzarbeitsentschädigung, von der auf dem Höhepunkt der Krise bis zu ein Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung profitierte.

Die drei Zielsetzungen der Beobachtungsstelle für Armut

- Die Prekarität dokumentieren und so einen Beitrag zur Lenkung des Sozialwesens leisten.
- Einen Dialog zwischen den Akteur*innen des Sozialwesens schaffen und gleichzeitig den Betroffenen eine Stimme geben.
- Die Partner*innen vor Ort unterstützen, indem Weiterbildungsprogramme angeboten werden und ein wissenschaftliches Fachwissen vermittelt wird. So können diese wiederum Akademiker*innen und Sozialpolitiker*innen auf die neu auftauchenden Armutsphänomene aufmerksam machen.



Diese Innovationsfähigkeit war aber auch lokal zu spüren, wo auf Gemeindeebene Nothilfeprogramme eingerichtet, ausserordentliche Zuschüsse gewährt oder die Sozialhilfensätze erhöht wurden. Möglich wurde diese ungeahnte Proaktivität durch eine intensive Koordinationsarbeit und die solidarische Mobilisierung von Akteur*innen verschiedener Instanzen über die üblichen Kanäle und Gefässe hinaus.

Dokumentieren, vermitteln, anstossen

Angesichts dieser Feststellungen, die die Grenzen und das Potenzial des Sozialwesens gleichermassen aufzeigen, wurden von verschiedenen Seiten her Forderungen nach einem Beobachtungsorgan für Armut laut, das sich mit den sozialen Auswirkungen der Pandemie befassen sollte. Vor diesem Hintergrund hat die HES-SO Lausanne deshalb seit Sommer 2021 intensiv an der Schaffung einer solchen Beobachtungsstelle gearbeitet, dies in Zusammenarbeit mit rund 30 Partner*innen aus dem lokalen Gesundheits- und Sozialwesen und den umliegenden Hochschulen sowie mit der Unterstützung des Kantons Waadt. Gemeinsam wurden die Aufgaben und die Führung der neuen Beobachtungsstelle für Armut definiert. Die im Mai 2022 eröffnete Beobachtungsstelle ist zuständig für die Dokumentation und Analyse von Prekarität und soll gleichzeitig als Vermittlerin zwischen Forschungsprojekten, Lehrveranstaltungen, Initiativen und Erfahrungen aus der Praxis dienen. Insgesamt bezweckt die Beobachtungsstelle für Armut, die von der Pandemie verstärkten Ungleichheiten besser erfassen und den durch die Krise ausgelösten Impuls zur Zusammenarbeit zugunsten der vulnerablen Bevölkerungsgruppen stärker nutzen zu können. •